JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN
IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN



TELEGR.-ADR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH"
POSTCHECK-KONTO VIII 5166

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 37	3. Juni 1919	ה' סיון תרע"ט	Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Das rumänische Judenproblem.

Bukarest, 30. Mai. (Rum. P. B.) „Ein neues Dekret modifiziert die bestehenden Dekrete und Gesetze bezüglich der Naturalisation der Juden in Rumänien. In Zukunft haben alle die, welche das rumänische Bürgerrecht verlangen wollen, nur diesen ihren Willen in *authentischer* Form kundzugeben. Die jüdische Frage ist somit endgültig gelöst. Rumänien wird in der Folge ungefähr 800,000 Staatsbürger jüdischer Abstammung haben. Die jüdischen Zeitungen Rumäniens sind mit dieser Lösung einverstanden."

— Nachdem im Versailler Friedensvertrag die Grossmächte inbezug auf Polen die Aufnahme von solchen Bestimmungen verlangt haben, welche sie für notwendig erachten, um in Polen die Interessen der Einwohner zu schützen, die sich von der Majorität durch Rasse, Sprache und Religion unterscheiden, und eine ähnliche Bestimmung auch Rumänien auferlegt werden sollte, beeilte sich die Rumänische Regierung knapp vor Torschluss von sich aus wieder eine „Lösung" der rumänischen Judenfrage prompt in Szene zu setzen. Wir erinnern daran, dass das Reuterbüro in einem Telegramm vom 23. Januar 1919 ebenfalls von einer „Lösung" des rumänischen Judenproblems gesprochen hat. Der Erfolg dieser Lösung ist aus den Berichten und Kommentaren der letzten vier Monate jedermann klar geworden, so dass selbst die jetzige rumänische Regierung sich veranlasst sah, die damalige „Lösung" in zweiter verbesserter Auflage einer neuerlichen „Lösung" zu unterziehen. Bei ein wenig gutem Willen ist ja die Sache so einfach, dass die Komplizierung durch die sich häufenden Regierungserlässe nur mit absichtlicher Verschleppungstaktik und Hintergedanken zu erklären ist. Seit dem Berliner Vertrag hat Rumänien darin genügend Praxis erworben.

Mit einer ausführlichen Kritik halten wir einstweilen zurück, da uns das Dekret im Wortlaut noch nicht vorliegt. Wir möchten aber nicht verfehlen, schon jetzt zu bemerken, dass das Verlangen nach einer „authentischen" Willenskundgebung der Juden neuerlich Bedenken erregen muss und eine Verklausulierung zu sein scheint, die Chikanierungen aller Art zulässt.

Das offizielle Telegramm beeilt sich auch, das, mit dieser Lösung angebliche Einverständnis der jüdischen Zeitungen Rumäniens, zu verkünden. Abgesehen davon, dass bei uns die betreffenden Zeitungen noch nicht eingetroffen sind, was uns die Nachprüfung dieser Meldung unmöglich macht, erachten wir es als unsere Pflicht, bereits jetzt schon darauf hinzuweisen, dass zufolge der in Rumänien noch immer herrschenden strengen Militärzensur, jede freie Meinungsäusserung den im Lande erscheinenden Zeitungen unmöglich ist.

Beschluss der Friedenskonferenz über den jüdischen Staat?

Stockholm, 27. Mai. (Spezialtelegramm d. K. f. d. O.). Aus verschiedenen Quellen liegen liegen Informationen aus London vor, wonach die Friedenskonferenz vereinbart habe, Palästina einen Judenstaat zu nennen und nicht nationale Heimstätte oder Gemeinschaft unter britischer Kontrolle.

— Die „Jewish Times" v. 24. Mai schreiben: Gestern kamen nach London fröhliche und ermutigende Berichte über Palästina, die bei allen Juden grosse Begeisterung hervorrufen werden. Ein jüdischer Staat in Palästina ist nicht mehr blos Wahrscheinlichkeit, sondern Gewissheit. Es unterliegt jetzt nicht mehr dem geringsten Zweifel, dass alle letzthin verbreiteten beunruhigenden Meldungen ohne jede Begründung waren. Die letzten Beschlüsse der Alliierten über die Zuteilung der türkischen Territorien enthalten auch die Bestimmung, dass Palästina ein jüdischer Staat unter englischer Kontrolle werden soll. An der Richtigkeit dieser Meldung kann man nicht mehr zweifeln, da gleichzeitig verschiedene Quellen dasselbe melden, so die „Exchange Telegraph Agentur", der Spezialagent der „Morning Post", wie auch Korrespondenten anderer Zeitungen. Von aussergewöhnlicher Bedeutung ist auch die Tatsache, dass in allen Telegrammen von *einem jüdischen Staate in Palästina gesprochen wird und nicht wie bisher von einem jüdisch-nationalen Heim (home)*. Wie man weiter aus Paris meldet, wird zufolge dieser Beschlüsse keine Kommission mehr nach Palästina entsendet, da, nachdem der Zionismus mit seinen Forderungen durchgedrungen ist, keine weitere Ausforschung mehr nötig sei. Aus denselben Gründen hat Dr. Weizmann seine beabsichtigte Reise nach Palästina derzeit aufgegeben und sich wieder nach Paris begeben.

Die zionistischen Forderungen vor ihrer Verwirklichung.

Laut „Jewish Times" hat *Prof. Frankfurter* soeben vom Präsidenten *Wilson* einen Brief erhalten, der die

Versicherung enthält, dass der Zionismus vor der Verwirklichug seines Programmes steht. Es ist absolut keine Aenderung zum schlechteren eingetreten und jetzt mehr denn je sicher, dass die Forderungen gar keinen Grund zu irgend welcher Diskussion bieten.

Einen Brief ähnlichen Inhalts hat Dr. *Weizmann* von *Lloyd George* erhalten.

Die jüdischen Forderungen der Friedenskonferenz vorgelegt.

Der Chefredakteur des New Yorker „Forwärts“ *Abé Kahn* telegrafiert aus Paris, dass Marshall und Mack namens des Subkomitees der allgemeinen Kommission die jüdischen Forderungen der Friedenskonferenz vorgelegt haben. In dem Memorandum des Subkomitees ist die Forderung auf nationale Rechte nicht enthalten. Abé Kahn behauptet, dass der Antrag Ussischkins nationale Rechte für die Juden in allen Ländern wo sie wohnen, zu verlangen, abgelehnt worden sei. Einer der hohen Beamten der amerikanischen Delegation soll der Delegation geraten haben, keine nationalen Rechte zu fordern. (Jüd. Morgenpost.)

Der „Temps“ für Erteilung nationaler Rechte an die Juden in Polen.

Der Pariser „Temps“ schreibt:

Die nationalen Minoritäten müssen innere autonome Organisationen erhalten, die ihre eigenartigen Interessen befriedigen; sie müssen die Möglichkeit haben, in ihren Sprachen zu reden, zu drucken und zu lesen. Diese Sprachen wären somit die Sprachen der Schule und der inneren Organisation. *Präsident Wilson steht fest auf dem Standpunkt, dass die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert werden müssen.* Uebrigens gibt es unter den Diplomaten, die sich mit dem Friedensvertrag und mit der Angelegenheit der Völkerliga beschäftigen, keinen einzigen, der gegen nationale Minderheitsrechte wäre.

Das Volk, das bislang ausserhalb der Gesellschaft steht und für sich nationale Minderheitsrechte fordert, ist das jüdische Volk. Man war stets bemüht, die Juden in den Rahmen einer Religion einzuschliessen, sie haben jedoch diesen Rahmen gesprengt, schon zufolge ihrer Massensiedlungen in Osteuropa. Sie wollten auf die Möglichkeit, sich frei zu entwickeln, nicht verzichten und fordern jetzt ihre nationalen Rechte. Die slawischen Völker, die jetzt mit Triumph ihre Wiederauferstehung feiern, haben die nationalen Rechte der Juden grösstenteils bereits anerkannt, z. B. die Ukrainer und die Tschecho-Slowaken. Blos die Polen sind es, die bisnun auf diese Frage keine klare Antwort gegeben haben. Die Juden in Polen bilden 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Falls Polen alle Gebiete, die es fordert, umschliessen sollte, würde es fünf Millionen Juden zählen. Das zaristische Russland mit seinen 150 Millionen Einwohnern hat sich ebenfalls keinen Rat gewusst bezüglich einer so grossen Minderheit. Es gibt in Polen keinen einzigen Juden, der nicht bereit wäre, sich für sein Vaterland zu opfern, falls dieses für ihn einen Ort der Sicherheit und des Schutzes bilden würde. Gäbe Polen den Juden alle Bürgerrechte, würde jeder Jude alle Pflichten freudig auf sich nehmen. Der Jude tut es heute blos deswegen nicht, weil gewisse Kreise von ihm den Verzicht auf seine Eigenart verlangen.

Wir zweifeln nicht, dass jene Polen, welche über ein grösseres Mass politischer Orientierung verfügen, es rasch begreifen werden, dass nicht bloss die bürgerlichen und individuellen, sondern *auch die nationalen Rechte der Juden anerkannt werden müssen.* Es muss den Juden erlaubt sein, sich zu organisieren, ihre Sprache zu entwickeln, ihre Schulen zu leiten und die jüdischen Sitten und Gebräuche zu pflegen. Mit einem Wort — sie müssen den Juden erlauben, *Polen und gleichzeitig nationale Juden* in ihrer nationalen Gemeinde zu sein. Das Recht zur Bildung einer Nation ist die höhere Form der Menschenrechte. Es hat diesem Recht die Stunde der Verwirklichung geschlagen. (Wr. Morgenztg.)

Die Friedenskonferenz und die polnische Judenfrage.

Die „Morning Post“ veröffentlicht ein Pariser Telegramm, wonach die jüdischen Interessen von der Friedenskonferenz energisch vertreten werden und die Friedenskonferenz den Polen Bedingungen bezüglich der Juden stelle, die die Polen einzuhalten sich verpflichten müssten. Im Telegramm heisst es weiter: Es existiert bei der Friedenskonferenz eine Kommission, die man die Kommission für die neuen Staaten nennt, in der Amerika, England, Frankreich und Italien vertreten sind. Eine der Hauptpflichten dieser Kommission besteht darin, die Minoritäten in den neuerstandenen Staaten zu schützen. Was Polen und Rumänien betrifft, ist es die hauptsächlichste Aufgabe dieser Kommission, die dortigen jüdischen Interessen zu wahren. Diese Kommission hat einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, der soeben den Ministerien der Grossmächte, als auch der polnischen Regierung in Warschau zugestellt worden ist. Dieser Vertrag soll zwischen Polen und den Grossmächten abgeschlossen und gleichzeitig mit dem deutschen Friedensvertrag unterschrieben werden. In der Frage der jüdischen Schulen geht dieser Vertrag sehr weit. Ein ähnlicher Vertrag wird wahrscheinlich auch Rumänien vorgelegt werden. Auch der letztwöchentliche Besuch *Herbert Samuels* in Paris war laut „Morning Post“ der jüdischen Frage gewidmet.

— „Times“, „Daily Telegraph“ und andere englische Zeitungen berichten ebenfalls über die Verpflichtung, die Polen von der Friedenskonferenz zum Schutze der nationalen Minoritäten auferlegt worden ist, und melden weitere Einzelheiten, so z. B. dass alle Personen, die im Lande wohnen, polnische Bürger werden. Der Vertrag enthält auch besondere Punkte über die Juden. Die „Reuter-Agentur“ meldet, dass der Viererrat sich ernstlich mit der Lage der Juden in Polen beschäftigt habe. Die in den Vertrag aufgenommenen Bestimmungen machen es den Polen absolut unmöglich, für die Juden irgendwelche Ausnahmsgesetze zu schaffen. So darf Polen keine Wahlen am Sabbat oder an jüdischen Feiertagen anberaumen, damit die religiösen Juden nicht ihres Stimmrechtes beraubt werden. Die jüdische Sprache und die jüdischen humanitären Institutionen werden sichergestellt, und die Liga der Nationen wird die Aufgabe haben, darüber zu wachen, dass alle Punkte dieses Vertrages von Polen streng eingehalten werden.

Aehnliche Abmachungen werden auch mit Rumänien, Tschechoslavien und Jugoslavien geschlossen.

— Die „Westminster Gazette“ veröffentlicht ein längeres Telegramm ihres Pariser Korrespondenten, worin dieser erwähnt, dass die fortschrittlichen Europäer an keiner Frage so reges Interesse haben, wie an der jüdischen. Die Zukunft der unterdrückten Juden in vielen der kleineren Staaten hat in Frankreich grosse Unruhe hervorgerufen. Versammlungen in Paris stellten folgende Forderungen auf: Massenemanzipation der Juden überall, wo sie bisher nicht die politische und zivilrechtliche Gleichberechtigung besitzen und Anerkennung der nationalen Minoritätsrechte. In Osteuropa fordern — wie die „Westminster Gazette“ schreibt — mehr als 9 Millionen Juden ihr Recht der Gleichberechtigung. Keine Frage sei beim Aufbau der Liga der Nationen so wichtig, wie die Verpflichtungen, die die Nationen bezüglich des Schutzes der Minoritätsrechte eingehen.

Unglücklicherweise drohe jetzt die Gefahr einer grossen antisemitischen Bewegung. In gewissen Ländern herrsche die Neigung Bolschewisten und Juden zu identifizieren. Ein genauer amerikanischer Beobachter, der soeben aus Russland zurückgekehrt ist, drückt die Furcht aus, dass falls Koltschak oder ein anderer militärischer Gegner der Bolschewisten die Macht erringen wird, es in Russland zu Judenmetzeleien kommen werde, wie sie die Geschichte noch nicht kenne. Man darf auch nicht vergessen, dass beim Friedenstische zwei angesehene Berater in den polnischen und russischen Angelegenheiten ausgesprochene Antisemiten sind. Es hat grosse Bedeutung, dass die Presse merkwürdigerweise die bisher vorgekommenen Pogrome verschweigt. Nachdem noch die Zeitung einen besonders krassen antisemitischen Aufruf rumänischer Kommandanten veröffentlicht und darauf hinweist, dass, falls die Juden Palästina erhalten, die Polen die Juden nur mehr als Juden und nicht als Polen betrachten würden und ihnen deshalb auch die bürgerliche Gleichberechtigung absprechen könnten, schliesst der Artikel mit den Worten: in England ist uns glücklicherweise diese antijüdische Agitation fremd; aber wir müssen auch zu verstehen trachten, was anderswo vorgeht. Die Möglichkeit grosser anti-jüdischer Exzesse in Europa war niemals grösser als jetzt. Es ist überflüssig zu betonen, dass dies nicht blos meine persönliche Meinung ist, sondern dass auch viele in Paris, die mit den Tatsachen vertraut sind, diese Ansicht teilen.

Paris, 1. Juni. (Havas), Samstag nachmittag fand im Ministerium des Auswärtigen eine Geheimsitzung statt. Die Delegationen der Mächte, die an Oesterreich den Krieg erklärt haben oder die aus der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgegangen sind, brachten ihre Bemerkungen zu den Friedensbedingungen vor. *Bratianu äusserte Bedenken* wegen der Bestimmung, *dass die verschiedenen politischen oder religiösen Minderheiten* in den neugebildeten oder grösser gewordenen Staaten in Mitteleuropa, in Polen, Rumänien, in der Tschecho-Slowakei und Südslawien *dem Schutze des Völkerbundes unterstellt werden sollen,* da diese Bestimmung die Souveränitätsrechte der betreffenden Staaten verletze. Da eine Intervention des Völkerbundes zugunsten der nationalen Minderheiten auf den Gebieten der Grossmächte nicht vorgesehen sei, lasse die erwähnte Bestimmung einen Mangel an Vertrauen gegenüber den kleinen Nationen erkennen. Clemenceau bekämpfte diese Auffassung und Präsident Wilson legte dar, dass die Gleichberechtigung der Nationen vollkommen gewährt sei. Paderewski und Kramarsch stimmten schliesslich dem von den südslawischen Delegierten vorgeschlagenen Texte zu, mit dem Vorbehalt einer formalen Aenderung im Text.

Polen anerkennt die nationalen Rechte der Juden.

Haag. Das Jüdische Pressbureau meldet: Das fertiggestellte Abkommen der Entente mit den Polen wurde von der polnischen Delegation genehmigt. Das Abkommen erkennt den Juden ihre nationalen Rechte im vollen Umfange zu, verbietet jegliche Unterdrückung, gewährt ihnen den Gebrauch ihrer eigenen Sprache und verbietet die Vornahme von Wahlen an Samstagen.

Wilson und die polnischen Pogrome.

Präsident Wilson hat am 26. d. M., nachmittags, Louis Marshall, den Vorsitzenden des Pariser jüdischen Komitees empfangen, der ihm einen langen telegraphischen Bericht über die Judenprotestversammlung von Madison Square in New-York überreichte, in welcher die polnischen Pogrome erörtert worden waren. Wilson will den überreichten Bericht prüfen und erklärte mit dem Ministerpräsidenten Paderewski erst nach Klärung dieser Frage über die polnischen Gebietsforderungen verhandeln zu wollen.

Delegiertentag des schweizerischen Zionistenverbandes.
(Basel 28. und 29. Mai 1910.)

Mittwoch wurde im Grossratssal in Basel die Tagung des schweizer. Zionistenverbandes eröffnet. Anwesend waren 67 Delegierte, die 24 Vereine vertraten und ausserdem eine Anzahl von Landeskomitee-Mitgliedern. In seiner Eröffnungsrede besprach Verbandspräsident Dr. *Brunschwig* die Leiden unseres Volkes im Osten. Die Pogromwelle schreitet fort. Wir stehen am Grabe tausender zerstörter Existenzen und trauern um Abertausende unserer Volksgenossen. Wir erheben erneut Protest gegen die Schandtaten, mit denen sich der neue Polenstaat befleckt. Diejenigen, die die Macht haben, müssen dafür Sorge tragen, dass endlich diesen Greueln Einhalt geboten werde. Bei Besprechung der Palästinafrage erwähnt Redner, dass alle Mächte klar unsere Ansprüche anerkennen. Unsere Forderungen beziehen sich heute auf die Anerkennung des jüdischen Anspruches auf Palästina, auf das Recht Palästina selbst einzurichten und auf schliessliche Ausbildung eines autonomen Gemeinwesens. Die Bevollmächtigten aller Staaten, der Entente wie auch der Zentralmächte, die Neutralen, die sozialistische Internationale, die Berner Völkerbundskonferenz, alle anerkannten sie die Existenz unseres Volkes als einer allen andern gleichberechtigten Nation. Redner bespricht sodann die Probleme der Kolonisation in Pa-

lästina. Es unterliegt keinem Zweifel, dass unser Volk den starken Willen zur Durchführung dieser Aufgabe hat. Ohne ein starkes Galuth sei jedoch auch kein Palästina möglich. Dazu gehöre innere Geschlossenheit der jüdischen Gesamtheit. Wir freuen uns jeder mit anderen jüdischen Organisationen gemeinschaftlichen Arbeit. Es gibt genug Raum für alle. Nach einer hebräischen Begrüssung des Delegiertentages namens der Zionisten Basels durch Herrn *Stern* (Basel) ergreift, der als Gast anwesende Dr. *Mossinsohn*, Direktor des hebräischen Gymnasiums in Jaffa, das Wort zu einer hebräischen Ansprache. Unser Volk leidet unmenschlich, schlimmer als in den Zeiten des Mittelalters. Anderseits entsteht nun in Erez Jisroel ein neues jüdisches Leben. An uns liegt es nun zu zeigen, dass wir den Aufgaben gewachsen sind. Die Zeiten wechseln. Es gab Zeiten, in welchen der Osten gross war und dann wieder solche, in denen es der Westen war. Der Osten gab der Menschheit den Geist, der Westen die Technik. Die westliche Technik hat jedoch in diesem Kriege sich selbst vernichtet und jetzt harret der Westen auf das Erlösungswort aus dem Osten. Das jüdische Volk soll nun nach Palästina, der Brücke zwischen Ost und West, kommen. Von dort wird wieder, wie einst, der Geist nach dem Westen strömen, das grosse Erlösungswort, auf das die Völker harren. In 200 Jahren werden all die Tagesfragen, die uns heute beschäftigen, längst vergessen sein; aber denken wird man daran, dass der zionistische Gedanke es gewesen ist, der unserem Volke die Rückkehr in sein altes Land ermöglicht habe. Nationalrat Dr. *Diamant* spricht den schweiz. Zionisten den Dank aus für die Unterstützung, die die Nationalräte in ihrer Tätigkeit für die Durchführung der nationalen Forderungen der Juden des Ostens, hier gefunden haben. Der Präsident liest eine soeben eingetroffene Meldung vor, wornach *Marshall*, der Präsident der jüdischen Delegation in Paris am 26. Mai von Wilson empfangen wurde und *Wilson sich scharf gegen die Judenpogrome in Polen wie auch für die Autonomie der östlichen Juden erklärt habe.* Zum Tagespräsidenten wird Dr. Arnstein (Basel), als Vizepräsident Dr. Levy (Biel) und Grünberg (Genf), zu Protokollführern Rabbiner Dr. Lauer (Biel) und Prof. da Fano (Zürich) gewählt. Fünf neue Vereine werden in den Verband aufgenommen. Dr. Brunschwig (Basel) erstattet den Jahresbericht. 749 neue Schekelzahler wurden in der Schweiz gewonnen. Die Zahl der zionistischen Vereine beträgt 29. Die Zahl deren Mitglieder stieg um das Doppelte auf 2398. Der Kassenumsatz beträgt 80,000 Frs., die Spenden zu Gunsten des Jüdischen Nationalfonds 37,000 Frs. Im Oktober 1918 überreichte der Vorort dem schweiz. Bundesrat ein Memorandum, in dem die zionistischen Bestrebungen dargelegt wurden. Der Vorort intervenierte auch bei den Entente-Gesandtschaften wegen der polnischen Pogrome und leitete mit einigen anderen Organisationen eine Aktion für die Pogromopfer ein, die 20,000 Frs. und 11,000 Kronen ergab. Für die evakuierten Juden Palästinas wurden 10,000 Frs. gesammelt. Die Petition der schweizerischen Juden für Palästina ergab 7488 Unterschriften, ca. 80 % der Unterzeichnungsberechtigten. Nachdem die Begrüssungstelegramme verlesen worden waren (Dr. Hantke, Dr. Warburg (Berlin), Lewin, Jacobsohn (London) u. a.), wie auch ein Begrüssungsschreiben des Regierungsrates der Stadt Basel, der der Tagung den besten Erfolg wünscht, wurde die Sitzung für Donnerstag Vormittag vertagt.

Bei Beginn der Donnerstag-Sitzung begrüsst Herr *Bloch* (Basel) die Tagung namens der Basler Israelitischen Gemeinde. Der Präsident gedenkt der im letzten Jahre verstorbenen Mitglieder der Organisation, und hält dem verunglückten Agronom Aronsohn einen warmen Nachruf. Im Laufe der nun folgenden Generaldebatte ergreift der als Gast anwesende *André Spire* aus Paris, der bekanntlich einer der zionistischen Vertreter vor dem „Zehnerrat" in Paris war, das Wort. Es sei eine Legende, dass Frankreich dem Zionismus unsympatisch gegenüberstehe. Der Hauptgrund dieser Legende liege in der Stellung, die die Herren Reinach und Prof. Lévi an der Friedenskonferenz einnahmen. Infolge der Freiheiten, die die Juden in Frankreich genossen und der Stellungen die sie dort bekleideten, kam der Glaube auf, dass die Lösung der Judenfrage in der Assimilation bestehe. Die damals gegründete Alliance stellte sich die Aufgabe, bereits in den Schulen die Juden für die Assimilation vorzubereiten. Die französischen Juden glaubten ihre Lösung der Judenfrage auch auf die Juden des Ostens anwenden zu können. Die Alliance begann die Entjudaisierung des Judentums. Sie hat jedoch übersehen, dass man mit Millionen Juden nicht das machen könne, was man mit den französischen Juden getan hat. Die Alliance verbreitete die französische Sprache im Osten und gewann dadurch an Einfluss bei der französischen Regierung. Als Berater der französischen Regierung erklärte auch die Alliance beim Aufkommen des Zionismus in Frankreich, diesen als schädlich. Seit Kriegsausbruch lernten jedoch die französischen Diplomaten im Auslande den Zionismus besser kennen. Frankreich hat nun erkannt, dass die Judenfrage nicht auf der Grundlage der französischen Revolution zu lösen sei. Frankreich erkannte, dass die Judenfrage im Westen zwar eine individuelle sei, es sich jedoch im Osten um eine nationale Frage handelt. Frankreich hat die Verteidigung der Juden übernommen, so wie es auch alle andern unterdrückten Völker schützt. Am 4. Juni 1917 überreichte Cambon, Generalsekretär des auswärtigen Amtes, Sokolow eine Erklärung, in der er die Bestrebung des Zionismus anerkannte. Als im Juli 1918 eine amerikanische jüdische Aerzte-Mission auf der Durchreise nach Palästina in Paris weilte, versicherte Tardieu sie des Wohlwollens seiner Regierung dem Zionismus gegenüber und sagte, wenn es eine Nation gebe, die das ideale Verlangen des jüdischen Volkes verstehe, so sei es die französische. Ich habe, führt Redner weiter aus, vor zwei Tagen einen Brief erhalten, laut *welchem die Realisierung der zionistischen Bestrebungen gesichert erscheine.* Statt der Redner bedürfen wir jetzt der Arbeiter. Grosse Aufgaben stehen unserer Jugend bevor und wir wissen, dass wir auf ihren Mut und ihre Tapferkeit zählen können. Sie wird den Beweis erbringen, dass Israel in der Lage ist, nicht nur Träumen nachzujagen, sondern auch zu arbeiten.

Die folgenden Redner befassten sich mit den Fragen der inneren Arbeiten, wie auch mit den blutigen Ereignissen im Osten. Der grösste Teil des Nachmittages war der Statutenrevision gewidmet und der Landesbeitrag auf 4 Fr. für Vereinsmitglieder erhöht. Einzelmitglieder zahlen 6 Fr. Ein Antrag auf progressive Besteuerung nach Massgabe des Steuerregisters wurde einer Kommission zur Begutachtung überwiesen. Dem

alten Vororte wurde Decharge erteilt. Es wird beschlossen, nicht mehr von einem Vororte zu sprechen, sondern ein Zentralkomitee zu bilden, als dessen Sitz Basel für ein Jahr bestimmt wird. In das Zentralkomitee werden gewählt: Dr. Brunschwig, A. Stern, Fürsprech Goetschel, J. Hack und Dr. W. Bloch. Als Nationalfondkommissar wird Herr Marx bestimmt. Nachdem noch die Tagung einen scharfen Protest gegen die schändlichen Judenpogrome, mit denen Polen die Menschheit befleckt, angenommen hat, wird der Delegiertentag geschlossen.

Chronik.

Polen.

— Der Basler Zionistische Delegiertentag hat folgendes Telegramm aus Kattowitz erhalten: Tief erschüttert vernehme ich von Augenzeugen die Nachricht über die gestern in Bendzin, Chrzanow, Trzebinia, Szczakowa und an anderen Orten verübten Plünderungen und Metzeleien durch die Hallerarmee. In Czenstochau brach gestern ein Pogrom aus. Es gab 20 Tote, 60 Verwundete, darunter Kinder von 6 Jahren. Alles wurde geplündert und geprügelt. Die Armenier-Metzeleien sind nichts gegen die polnischen Untaten. Ganz Polen wütet förmlich. Unbeschreibliche Pogrome finden seitens der Hallerarmee statt. Eine Detaillierung der Ortschaften, in denen Pogrome stattfanden und Einzelheiten zu geben ist unmöglich. Tiefe Trauer erfüllt das Judentum Polens. Die Besorgnis ist unbeschreiblich, die Verzweiflung gross. Dringende, rasche Intervention und Hilfe ist unbedingte Pflicht des Delegiertentages. Verständigt sofort weiter Paris, London u. New-York. gez. Josef Jungerwirth.

Blutbad in Poryck.

Wie dem „Jüdischen Volk“ aus Wladimir-Wolynsk mitgeteilt wird, hat das polnische Militär unmittelbar nach seinem Einmarsch in das Städtchen Poryck die jüdischen Wohnungen aufgesucht und alle Einwohner zur Mühle ausserhalb der Stadt geführt, um sie dort zu erschiessen. Erschossen wurden: Isser Honig, Kaufmann (50 Jahre), Herz Honig (26 Jahre), Schmerl Boxenbaum, Kaufmann (60 Jahre), dessen Sohn (22 Jahre), Uscher Korinski (22 Jahre), vier Brüder Maliar von 30 bis 40 Jahren und ihre Schwester (15 Jahre), Aron Wasserräger (40 Jahre), Schlome Wolowing (60 Jahre), Bath Schewa (40 Jahre), Chane Libe (40 Jahre), Baruch Chasan (18 Jahre), Strickdreher (40 Jahre). Zusammen wurden 16 Juden getötet. Ausserdem liegen noch zwei schwer verwundet im Spital in Wladimir-Wolynsk. Das Morden wurde erst dank der Intervention des Ortsgeistlichen und anderer polnischen Bürger eingestellt. Auch der „Hajnt“ vom 22. Mai bringt diesen Bericht unter Hinzufügung unwichtiger Einzelheiten.

— Anlässlich der Judenpogrome in *Pinsk, Wilna, Lida* und den übrigen polnischen und galizischen Orten hat die Leitung der Zionistischen Organisation beim englischen Ministerium des Auswärtigen und bei der Friedenskonferenz Vorstellungen erhoben.

Das Kopenhager Zionistische Bureau hat das gesamte Material über die Pogrome der letzten Wochen den Gesandtschaften der Mächte in Kopenhagen mit der Bitte um Weitergabe an ihre Regierungen übermittelt.

Das Lantagsmandat Priluckis annulliert.

Warschau. Der oberste Gerichtshof unter dem Vorsitze des ersten Präsidenten Rzednicki hat das Landtagsmandat Noach Priluckis für ungültig erklärt.

Das Ergebnis der Sadtratswahlen in Polen.

Warschau, 17. Mai. Bei den Stadtratswahlen in Kongresspolen wurden in 52 Städten 1416 Ratsmännern gewählt, davon 66% Polen, 33% Juden und 1% Deutsche. Von den grösseren Städten sind zu erwähnen: Warschau mit 93 Polen und 27 Juden, Lodz mit 49 Polen, 19 Juden und 7 Deutschen, Sosnowice mit 35 Polen und 9 Juden und Lublin mit 32 Polen und 14 Juden.

Warschau. Im achtklassigen Knabengymnasium im. Reja ist ganz offen, wenn auch nicht offiziell, eine Prozentnorm für jüdische Schüler eingeführt worden. Eltern, die Kinder einschreiben wollen, werden vorerst nach ihrer Religion gefragt und den Juden wird dann erklärt, dass für sie eine Prozentnorm eingeführt sei, die bereits erreicht ist. „Noch besser und praktischer, wie in den alten zaristischen Zeiten!“ bemerkt dazu der „Hajnt“.

Galizien.

Standrecht in Galizien.

Krakau, 23. Mai. Infolge der Ausschreitungen gegen die Juden wurde in ganz Galizien das Standrecht verhängt. (Wr. Morgenztg.)

Lemberg. Die hiesige Postdirektion hat allen Postbeamten, die sich zur jüdischen Nationalität bekannt haben, gekündigt. Eine Delegation der Lemberger Zionisten intervenierte diesbezüglich bei der polnischen Regierung in Warschau und es wurde ihr versprochen dass dieser Ukas der Lemberger Postdirektion rückgängig gemacht werde. Der Postdirektor fügt sich jedoch vorderhand nicht der Entscheidung des Warschauer Regierung und die jüdischen Postbeamten bleiben brotlos. Wiener Morgenpost.

— Der sozialistische, nichtjüdische „Robotnik“ vom 5. Mai schreibt: Die in Slupiec stationierende Gendarmerieabteilung terrorisiert in unerhörter Weise die jüdische Ortsbevölkerung. Die Gendarmen verhaften harmlose Leute, schlagen und peinigen sie und kühlen an ihnen ihr Mütchen auf raffinierteste Weise. Bei der Befreiung der Verhafteten nehmen sie denselben ihre Barschaft ab. Das rechtswidrige Vorgehen der Gendarmerie geht so weit, dass sogar die Ortspolizei bereits mehrmals intervenieren musste und Protokolle über das Vorgehen der Gendarmen aufgenommen hat. Die Gendarmen setzen trotzdem ihre Schandtaten fort und drohen, dass *sie sich noch im jüdischen Blute baden werden.*

Das Moratorium für Galizien.

In Angelegenheit des Moratoriums für Galizien, das am 30. Juni abläuft, fand in Lemberg eine Konferenz statt, an der sich Vertreter der Grossbanken, der Industrie und des Handels beteiligten. Nach einer längeren Diskussion sprach sich die Konferenz im Hinblick auf den in Ostgalizien noch herrschenden Kriegszustand, sowie auf die Stagnation im Handel, Gewerbe und Handwerk und schliesslich in Anbetracht der Verkehrsschwie-

rigkeiten für die Verlängerung des Moratoriums bis Ende 1919 aus.

Ebenso sprach sich die Konferenz aus denselben Erwägungen für eine Prolongierung des sogenannten Bilanzmoratoriums bis zu dem gleichen Zeitpunkt aus.

Deutsch-Oesterreich.

Klub der jüdischnationalen Mandatare.

Die jüdischnationalen Mitglieder der deutschösterreichischen Nationalversammlung, des Wiener Gemeinderates, der Wiener Bezirksvertretungen sowie der Kultusgemeinderepräsentanz haben sich zu einem Klub der jüdischnationalen Mandatare zusammengeschlossen. In der Sitzung vom 25. Mai wurde Abgeordneter Ingenieur Stricker zum Obmann, Gemeinderat Dr. Ehrlich und Bezirksrat Dr. Abeles zu dessen Stellvertretern und Bezirksrat Dr. Weiner zum Schriftführer gewählt.

Ein jüdisch-pädagogisches Archiv.

Wien. Am 1. Mai 1919 wurde hier ein jüdisch-pädagogisches Archiv eröffnet, das der Erforschung und Förderung des jüdischen Erziehungswesens dienen soll. Das Archiv ist als Vorbereitungsstelle für jüdisch-pädagogische Institute gedacht. Die Grundlage des Archivbestandes bildet eine Sammlung von Materialien über alle auf das jüdische Erziehungswesen bezüglichen Angelegenheiten, als da sind: Jüdische Erziehungsgeschichte, Wesen und Ziele der jüdischen Erziehung, Methodik des jüdischen Unterrichtes usw. Die Bücherei des Archives enthält u. a. den Beginn einer Lehrbüchersammlung in allen Sprachen, insbesondere für Hebräisch und Jüdisch, die für das Pädagogium zu Jerusalem bestimmt ist. Herr Dozent Dr. med. und phil. Siegmund *Kornfeld* hat ein Laboratorium für experimentelle Psychologie und Pädagogik dem Archive angegliedert.

Deutschland.

Gegen die antisemitischen Hetzblätter.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Die Presse äussert ihren Unwillen darüber, dass die Behörden der Verbreitung antisemitischer Hetzflugblätter untätig gegenüberstehen. Das trifft aber durchaus nicht zu; denn die Polizeibehörde tut ihr möglichstes, um diesem Unfug zu steuern. So wurden am Dienstag annähernd 2000 derartiger Hetzblätter an ihrem Herstellungsort polizeilich beschlagnahmt. Auch sonst ist alles angeordnet, um der Verbreitung auf Strassen u. s. w. nach Möglichkeit zu begegnen. (Berliner Tageblatt.)

Frankreich.

Grosse Protestversammlung gegen die Judenpogrome.

Unser Pariser Gewährsmann berichtet: Samstag, den 24. Mai fand hier ein von der Ligue de droit de l'homme einberufene grosse Protestversammlung gegen die Judenpogrome statt, unter Vorsitz des Vizepräsidenten der Liga, *Abg. Moutet.* In seiner längeren Eröffnungsrede protestierte Moutet gegen die Pogrome, die eine Schande der Menschheit bilden. Ausserdem sprachen: Louis *Marshall,* der an Stelle des abgereisten Mack zum Präsidenten des Komitees der jüdischen Delegationen gewählt worden ist, Dr. Reich, Dr. Syrkin, Goldstein, Prof. Sloutsch, Vizepräsident der Liga, Herold, Dr. Motzkin und Dr. Braunstein. Es wurde eine scharfe Resolution gegen die Pogrome in Polen angenommen und der Vorsitzende Moutet wurde ermächtigt, die Resolution der Friedenskonferenz zu überreichen. Ueber 4000 Personen waren anwesend. Der Eindruck war imposant und die Entrüstung gegenüber Polen ungeheuer. Das Komitee der jüdischen Delegationen mit Sokolow an der Spitze, war vollzählig vertreten.

Zynische Ableugnung der Pogrome.

Aus Paris wird gemeldet: Die polnischen Delegierten bei der Friedenskonferenz stellen die Judenpogrome in Abrede und behaupten, die Juden beabsichtigen, eine Kontrolle über Polen zu erhalten, statt sich um die Erwerbung von Palästina zu kümmern.

— Das Komitee der jüdischen Delegationen in Paris hat eine Spezialkommission gewählt, die sich mit der Frage der Judenpogrome zu beschäftigen hat. Vorsitzender dieser Kommission ist Louis Marshall, Mitglieder sind: Nationalrat der Ukraine Goldstein, Dr. Syrkin, Wintschewski, Aleinikow, Idelsohn, Dr. Salkind und Dr. Braunstein.

Paris. Hier sind aus der Ukraine die Herren Neiditsch, Idelsohn, Kaplan, Goldstein, Salkind und Aleinikow eingetroffen und haben die Arbeit im Komitee der jüdischen Delegationen aufgenommen.

England.

Stockholm, 27. Mai. (Sonderdepesche ITB). Tausende von Arbeitern demonstrierten am Sonntag auf dem Trafalgar Square in London gegen den Gewaltfrieden. Der Arbeiterführer Thom Mann verurteilte scharf die *polnischen Pogrome* und sagte, dass es die Pflicht der britischen Arbeiter sei, gegen diese unmenschlichen Greueltaten zu protestieren, die mit stillschweigender Zustimmung der reaktionären polnischen Regierung begangen worden seien. Die Abschlachtung von Tausenden von wehrlosen Juden sei ebenso ungeheuerlich und grausam wie die Blockade. Er appellierte namenlich an die polnischen Arbeiter, die Pogromverbrechen nicht zu dulden. Aus der Versammlung erschollen Rufe: „Schande! Wir wollen uns der verfolgten Juden annehmen!" Im gleichen Sinne sprachen auch andere Arbeiterführer.

London. Herr *Israel Cohen,* der im Auftrage der englischen zionistischen Organisation die Judenfrage in Polen an Ort und Stelle studiert hat, führt in der englischen Presse einen mutigen Kampf gegen den polnischen Antisemitismus. Nachdem er unlängst einen ausführlichen Artikel in der „Times" veröffentlicht, dem die „Times" selbst noch einen Leitartikel zugefügt hat, erschien wieder eine ausführliche Behandlung dieser so wichtigen Frage in der „Westminster Gazette", wo auch scharfe Klagen gegen die Behandlung der Juden in Rumänien erhoben werden.

London. Bei den jetzt stattfindenden Wahlen zur Board of Deputy, dem jüdischen Parlamente Englands,

beteiligen sich mit grossem Eifer auch die Zionisten, die bisher schon viele ihrer Kandidaten durchgebracht haben, darunter auch Poale Zionisten. Obwohl noch nicht alle Wahlresultate bekannt sind, kann man schon jetzt feststellen, dass die neue Board of Deputy einen starken nationalen Flügel haben wird. Manche sprechen sogar von einer zionistischen Majorität.

— Bei der von nur wenigen Teilnehmern besuchten Jahresversammlung der Liga der britischen Juden referierte der Vorsitzende Baron *Lionel Rothschild* über die Arbeit des verflossenen Jahres, wobei er besonders auf das Verhältnis der Liga zum Zionismus einging. Man sei nicht zu einer Verständigung mit Weizmann und Sokolow gelangt, sei aber bereit, die englische Regierung in jeder Weise zu unterstützen, um Palästina als britische Kolonie erfolgreich zu gestalten. Mr. Leonard L. *Cohen* erklärte, die Mitglieder würden sicherlich die bisherigen Versuche einer Annäherung an die Zionisten billigen, aber man dürfe nicht vergessen, dass es ein Hauptprinzip der Bewegung sei, Religion und Nationalität als unabhängig von einander zu betrachten. Der Antisemitismus hat die Theorie eines jüdischen Nationalismus als eine neue Waffe benutzt. Paderewski hat jene jüdischen Separatisten, die eine besondere Klasse, eine Nation in der Nation, bilden wollen, gebrandmarkt. Diese verderbliche Theorie will auch die Liga bekämpfen. *Claude Montefiore* meinte, man beschuldige die Mitglieder der Liga, sie seien nicht patriotisch, weil sie die zionistischen Pläne der englischen Regierung nicht genügend unterstützen. Diese Vorwürfe habe bereits der Vorsitzende in gebührender Weise zurückgewiesen. Sie seien froh, dass Palästina unter englische Kontrolle komme, zögen jedoch vor, mehr englisch als jüdisch zu sein.

„Jewish Chroniole“ bemerkt dazu, man habe bisher immer noch gehofft, dass die Liga eine gemeinsame Plattform mit den übrigen Juden finden werde, doch wirken die Ergebnisse der letzten Jahresversammlung in dieser Beziehung keineswegs ermutigend.

Holland.

Die holländische Misrachi Organisation ersuchte den Verband der Oberrabbiner in Holland um eine Erklärung bezüglich eines eventuellen gemeinsamen Zusammengehens mit dem Misrachi, worauf folgende Antwort erfolgte: Der Verband der Oberrabbiner in Holland hat die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass er heute so wenig wie bisher sich zu einem Zusammengehen mit der misrachistischen Organisation entschliessen kann, da diese einen Unterteil einer jüdischen Weltbewegung bildet, die bei der Gründung einer jüdischen Volksgemeinschaft das Aufsichnehmen unserer heiligen Thoragesetze nicht als das alles beherrschende Grundprinzip in den Vordergrund stellt. Der Verband wird jedoch jeden einzelnen Fall, in welchem vom Misrachi eine Arbeit zum Wohl des Judentums oder des jüdischen Volkes unternommen wird, ernstlich prüfen, um daran teilzunehmen. (Nieuw Isr. Weekblad, 23. V. 19.)

Amerika.

Der New Yorker Trauertag.

Zeitungsmeldungen zufolge haben vorige Woche 1½ Millionen Juden in New York in eindrucksvoller Weise ihren Protest und ihre schärfste Entrüstung gegen die unerhörten Judenmetzeleien, die das polnische Militär unter dem Schutz der polnischen Regierung begeht, ausgedrückt. Alle jüdischen Arbeiter, Kaufleute, Banquiers, Lehrer, Schulkinder, Studenten, von den frömmsten Rabbinern bis zu den extremsten Radikalen, haben an diesem Proteste teilgenommen. Tausende von Fabriken stellten ihre Arbeit ein. Alle jüdischen Geschäfte waren geschlossen. Es war ein allgemeiner jüdischer Nationalstreik, an welchem alle, die nur als Juden geboren sind, teilgenommen haben. Den ganzen Tag über zogen lange Trauerprozessionen durch die Strassen New Yorks. Besondere Aufmerksamkeit im Zuge lenkten auf sich die tausende jüdischer Soldaten und Matrosen, die in der amerikanischen Armee und Flotte gekämpft haben. Abends fand eine grosse Demonstrationsversammlung im Madison Square Garden, dem grössten Saale der Welt, statt. 150,000 Juden, der grösste Teil der erwachsenen Juden New Yorks, begehrten Einlass. Da der Saal nur 15,000 Personen fasst, wurden auch unter freiem Himmel Protestversammlungen abgehalten. Unzählige der bekanntesten Juden Amerikas, wie auch viele nichtjüdische Staatsmänner hielten Ansprachen an die, die Strassen überflutenden Massen. Der Hauptredner im Madison Square Garden war *Charles Evans Hughes*, Wilson's Gegenkandidat bei der Präsidentschaftswahl. Die höchsten amerikanischen Regierungsbeamten waren anwesend. Mr. *Hughes* geisselte die von den Polen in den westlichen Ländern verbreiteten „Informationen“, die alle Pogrome ableugnen. Er erklärte, die Beweise, die er besitze, zeigen deutlich, dass *die Pogrome unter Beihilfe der polnischen Regierung vorkommen und es sei Pflicht des freien Amerikas einen verdammenden Protest gegen diese unmenschlichen Metzeleien zu erheben.* Nach *Stephen Wise* sprach *Jacob Schiff*, der erwähnte, dass ein Telegramm an Lord *Reading* nach London abgegangen sei, er möge die englische Regierung auffordern, sich mit allen Mitteln für die Einstellung dieses Blutbades einzusetzen. Die Protestresolution wurde an Präsident Wilson übersandt mit der feierlichen Aufforderung, unverzüglich den Juden Polens in ihrem jetzigen Unglücke beizustehen.

— Die in New-York erscheinende Zeitung „Daily News“ berichtet in ihrem Leitartikel in der Ausgabe vom 7. März, daß unter 3.500,000 Juden in den Vereinigten Staaten 150.000 organisierte Zionisten sind, während die Zahl derjenigen, welche die Petition für eine jüdische Heimstätte in Palästina unterzeichneten, eine Million erreichen dürfte. Auch durch andere Anzeichen verrät sich die Stärke des Zionismus in Amerika, zum Beispiel durch die jüdische Presse. Von den vier jüdischen Tageszeitungen in New-York sind drei ausgesprochen zionistisch. Keine einzige antizionistische Zeitung hat eine nennenswerte Verbreitung. Die Zahl der zionistisch gesinnten Zeitschriften ist ausserordentlich gross.

Schweiz.

Protestversammlung gegen die Judenpogrome in Polen.

(J. B.) Am 31. Mai fand im grossen Saal des Zürcher Konservatoriums eine von christlichen und

jüdischen Studentenvereinen einberufene und von Dr. Bertold Feiwel präsidierte Protestversammlung gegen die schrecklichen Judenschlächtereien in Polen statt. Als erster sprach vor dem äusserst zahlreich erschienenen Auditorium, Herr *Prof. Dr. Ludwig Köhler*, der u. a. ausführte: Ein Grosses haben die russischen Pogrome im Vergleiche zu den jetzt wütenden Pogromen in Polen gehabt, dass auch die russische Intelligenz im weitesten Umfange die Pogrome als Schmach empfunden und gebrandmarkt hat. Als weit grössere Scheusslichkeit schliessen sich den russischen Pogromen die gegenwärtigen polnischen Pogrome an. Im weitern Verlaufe schildert der Redner die schrecklichen Ereignisse und widerlegt die Anschuldigungen, die auch nur einigermassen dieses Treiben rechtfertigen könnten. Aus 3 *Gründen* gilt es zu protestieren: einmal *aus Menschlichkeit;* ferner *um des polnischen Volkes willen*, mit dem man sympathisiert, schon wegen des ihm nachgerühmten Edelsinns, von dem aber — zu aller Leidwesen — den Juden gegenüber man nichts merke; und ferner *aus Dankbarkeit gegen das jüdische Volk*, für all das Grosse, das es geleistet. „Wenn man Juden schlägt, so schlägt man uns, und dagegen lehnt sich die ganze Menschheit auf. Wir fühlen uns mit den Juden verbunden. Sie wollen als freie, vollgültige und zukunftssichere Menschen behandelt sein." Als zweiter ergriff das Wort *Dr. Charlot Strasser,* dessen Ausführungen über die Psychologie des Antisemitismus, im Druck erscheinen werden. Zuletzt sprach *Dr. Olsvanger* aus Basel. Zum Schluss wurde folgende Resolution einmütig angenommen: „Die am 31. Mai 1919 in Zürich vom Schweizer Studentenbund, von der Christlichen Studentenvereinigung, vom akad. Abstinentenverein „Libertas", von der Société des Etudiants Juifs en Suisse, section Zurich und dem akad. Zionistenverein „Hechawer" in Zürich einberufene Versammlung erhebt nach Anhörung der Vorträge von Prof. Dr. Ludwig Köhler, Dr. Charlot Strasser und Dr. Olsvanger feierlichst Protest gegen die furchtbaren Pogrome in Polen. Insbesondere gibt die akad. Jugend Zürichs, repräsetniert durch die veranstaltenden Vereinen, ihrer schmerzlichen Empörung über diese blutigen Judenverfolgungen Ausdruck. Sie appelliert an die akad. Jugend in Polen nicht weiter zuzulassen, dass man sie der stillschweigenden Sympathie mit den schrecklichen Geschehnissen verdächtige und in Wort und Tat alles zu unternehmen, dass der polnische Name nicht weiter durch so ungeheures Unrecht entehrt werde."

Delegiertentag der schweizerischen Landesorganisation der „Agudas Jisroel".

In Basel fand am 25. Mai der diesjährige Delegiertentag der schweizerischen Agudas Jisroel-Organisation statt. Nach der Begrüssung durch Rabb. Dr. *Cohn* (Basel) entwickelte Rabb. *Kraus* (Baden) seinen Standpunkt über die vornehmsten Aufgaben der „Agudas Jisroel", die mit den Schlagworten „Palästina den Juden" nicht einseitig gelöst seien, vielmehr vor allem in einer Vertiefung und Wiederbelebung des Thoragedankens in der Diaspora und in der Unterstützung von Jeschiwos und anderen Lehrstätten zu suchen sind. Dr. Nathan *Birnbaum,* Mitglied des Zentralbüros, erklärte, dass der von der Aguda ausgehende Ruf zur Sammlung der Thoratreuen in der Schweiz einen starken Widerhall finden müsse. Dies sei mitentscheidend für die Entwicklung der Weltorganisation. Wir können, führte der Redner aus, nur dann mit den anderen Organisationen friedlich leben und arbeiten, wenn wir den geistigen Gegensatz zwischen den verschiedenen Weltanschauungen scharf herausarbeiten und vor allem die Jugend zu zielbewussten, in tiefster Gläubigkeit verwurzelten Menschen erziehen. Nach Uebernahme des Vorsitzes durch Max *Mannes* an Stelle des verhinderten Dr. Cohn und Verlesung des Protokolles des vorjährigen Delegiertentages zu Olten, besprach man den von den Ortsgruppen Basel und Zürich unabhängig voneinander eingebrachten Antrag, auf Herausgabe einer Zeitung, welche, wenn auch nicht als offizielles Organ der Aguda gedacht, doch dem allgemein empfundenen Mangel nach einer den orthodoxen Anschauungen entsprechenden Weltanschauung entspräche. Die Notwendigkeit einer solchen Zeitung wurde von sämtlichen Rednern hervorgehoben und einstimmig beschlossen, dass ein ad hoc gewählter Finanzausschuss innerhalb vierzehn Tagen zusammentrete, um die Frage der finanziellen Möglichkeit zu entscheiden. Kräfte zur redaktionellen Leitung und zur Bearbeitung des Annoncenwesens haben sich bereits zur Verfügung gestellt.

Des weitern fand ein Antrag des Zentralbüros einstimmige Annahme, wonach unmittelbar nach Pessach, Schewuaus und Sukkaus von sämtlichen Juden, welche an den Aufgaben der Gesamtheit im Geiste der Thora auch materiellen Anteil nehmen wollen, eine „Matnas Jad" in Form einer Selbstbesteuerung entrichtet werde. Das Geld soll ausschliesslich für die Zwecke der Gesamtheit Verwendung finden.

Weitere Anträge über die Ausgestaltung der Propaganda, Markenverkauf, Arbeitsgemeinschaft zwischen Orts- und Jugendgruppen wurden ohne Diskussion erledigt. Der von den Jugendgruppen Basel und Zürich eingebrachte Antrag, auch den Frauen passives Wahlrecht zu gewähren, rief eine ausserordentlich lebhafte Diskussion hervor. Herr *Braun* vertrat den Standpunkt, dass diese Frage in den Komplex jener prinzipiellen Fragen gehöre, die der Entscheidung des grossen rabbinischen Rates der „Agudas Jisroel" zu unterbreiten sind. Schliesslich fand ein Vermittlungsvorschlag *Rhein-Jacobson* Annahme, wonach die Landesorganisation in diesen Fragen den gleichen Standpunkt, den die Landesorganisationen von Deutschland, Holland u. s. w. in ihren Statuten niedergelegt haben, einnehmen wird. Sämtliche Delegierte anerkannten bei dieser Debatte die ausserordentlichen Verdienste der Mädchengruppen ohne deren Mitwirkung die meisten Aufgaben der schweizerischen „Agudas Jisroel" ungelöst geblieben wären.

Auf Antrag Rabbiner *Kraus* (Baden), der s. Z. seine Jeschiwo der „Agudas Jisroel" unterstellt hat, wurde eine besondere *Jeschiwo-Kommission,* bestehend aus Rabbiner Dr. Cohn, Dr. Hausmann, Sternbuch (Basel) und Rabbiner Kornfein und S. Teplitz (Zürich) gewählt, die die Jeschiwo in Baden von Zeit zu Zeit inspizieren, und die Mittel für ihre würdige Erhaltung aufbringen soll, nachdem ihre Gründung und ihr bisheriger Bestand der Grossmut eines einzigen Wohltäters zu verdanken sei.

Nach der Wahl eines Landeskomitees wurde der Delegiertentag geschlossen.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich